



STELLUNGNAHME ZUM ANTRAG VON SPD UND FDP „KULTURELLE VIELFALT SICHERN – KULTURFÖRDERUNG STABILISIEREN UND FÖRDERPORTALE FÜR 2025 UNVERZÜGLICH FREISCHALTEN“

**Im Rahmen der Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien
im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13.03.2025
von Ulrike Seybold, Geschäftsführerin NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste**

Die Künstler*innen in NRW haben flächendeckend Sorge um ihre Existenz. Das liegt nur zum Teil an Faktoren, die eine Kulturpolitik im Land ursächlich zu verantworten hat, es liegt auch an einer von Multikrisen geschüttelten Welt. Es ist aber die Verantwortung des Systems um die Künstler*innen herum, gerade in diesen schwierigen Zeiten so viel Sicherheit wie möglich zu schaffen. Dazu braucht es ein kritisches, aber im besten Falle doch partnerschaftliches Miteinander von Verwaltung, von Politik und Fachverbänden. Und vor allem einen zugewandten und kontinuierlichen Austausch aller drei Genannter mit denen, um die es geht: Den Künstler*innen.

In Sachen Kommunikationsflüsse, Transparenz und Beteiligung gibt es aktuell im Land jedoch leider Defizite. Mir geht es in keiner Form um individuelle Schuldzuweisungen, oft weiß man nicht um die Sachzwänge anderer, bevor man urteilt. Verstehen Sie also bitte meine Stellungnahme – bei aller unvermeidbarer Kritik – vor allem als einen Appell für Austausch, Verständnis und gemeinsame Lösungssuche für die schwierigen Zeiten, die uns bevorstehen.

Inhaltlich möchte ich mit dem aktuell virulentesten Problem für die Freie Darstellende Szene in NRW beginnen: Der bislang weiterhin ausbleibenden Ausschreibung für die dreijährige Exzellenz- und Spitzenförderung im Bereich Theater und Kinder- und Jugendtheater. Die im Antrag von SPD und FDP erwähnten Förderportale für 2025 sind meiner Kenntnis nach mittlerweile alle geöffnet. Dies gilt jedoch nicht für einige überjährige Programme, wie Ministerin Ina Brandes im AKM am 16.01.2025 selbst einräumte. Der Grund sei die unsichere Finanzierung für die Jahre 2026 ff.

Turnusgemäß hätte die Ausschreibung spätestens im November erfolgen sollen. Dass dies bis heute nicht passiert ist, ist besonders bitter, wenn man bedenkt, dass das modulare Fördersystem für die Freien Darstellenden Künste

2018 in seiner jetzigen Form u.a. genau deswegen geschaffen wurde, um etwas Planungssicherheit zu schaffen. Die laufende Förderphase für die Spitzen- und Exzellenzförderung in den Bereichen Theater und Kinder- und Jugendtheater läuft im Juni 2025 aus und ein lückenloser Förderanschluss ab Juli ist nahezu nicht mehr möglich. Kooperationen von freien NRW-Ensembles mit nationalen und internationalen Partner*innen scheitern, weil Zusagen nicht möglich sind, genutzte Räumlichkeiten müssen bald aufgegeben werden, um Kündigungsfristen einzuhalten. Außerdem droht der Verlust qualifizierten Personals, dem keine Perspektive gegeben werden kann.

Es geht hier im Künstler*innen mit internationaler Strahlkraft, die NRW auf renommierten Festivals vertreten und viele akquirierte Drittmittel ins Land bringen. Mehr dazu, was die Situation für die Künstler*innen und das Land bedeutet, lässt sich in unserem Statement vom 20.02.2025 nachlesen: https://www.nrw-fdk.de/index.php?article_id=858&clang=0

Zurecht galt die aktuell gefährdete Förderarchitektur bislang bundesweit als Vorbild – NRW droht hier gerade eine Vorreiterrolle zu verspielen. Fasst man alle überjährigen Programme für die Freien Darstellenden Künste zusammen¹, inklusive der Konzeptionsförderung, die spätestens im Sommer neu ausgeschrieben werden muss, so landet man bei rund 3,7 Millionen Euro pro Haushaltsjahr. Eine Summe die nicht groß ist, in Relation zu den vielen qualitativ hochwertigen Angeboten, die das Land dafür bekommt und zur der Stabilisierung der nach wie vor prekären Szene, die durch diese Programme erfolgt. Diese zentrale Errungenschaft darf keinesfalls zur Disposition stehen!

Mir ist völlig bewusst, dass hier eine Problemlage tangiert wird, die weit über die Kultur hinaus reicht, dass Festlegungen über das Haushaltsjahr hinweg in finanzknappen Zeiten überall mit Vorsicht betrachtet werden und dass hier mindestens der Finanzminister mit adressiert werden müsste. Das macht aber die Wichtigkeit dieser kleinen Sicherheit – gerade für die fragil finanzierte Freie Szene mit ihren vergleichsweise geringen Summen – nicht weniger brennend.

Zu der Tatsache, dass ich mir hier einen starken Einsatz aller Kulturpolitiker*innen in die Fraktionen hinein wünsche, braucht es auch eine aktivere Krisenkommunikation von Seiten des Ministeriums. Briefe von betroffenen Akteur*innen, die bereits vor Weihnachten verfasst wurden, blieben meiner Kenntnis nach bis heute unbeantwortet. Und auch wir als Fachverband, der in die Vergabeprozesse einbezogen und mit eigener Personalplanung betroffen ist, werden auf Nachfrage immer weiter vertröstet und erhalten Informationen nur scheinbarweise. Bis die jetzige Erklärung mit der ungesicherten Finanzierung gegeben wurde, gab es zwischenzeitlich anderslautende Andeutungen zu einer grundsätzlichen Umstrukturierung der Förderlandschaft, aufgrund derer sich gerade alles verzögere. Auf Basis solch rudimentärer Informationen ist es sehr schwer, den Künstler*innen unsererseits Sicherheit zu vermitteln.

Ähnliches gilt für den zweiten größeren Punkt, den ich ansprechen möchte: Die bereits kommunizierten Kürzungen im Haushalt 2025. Gerade weil es noch kein flächendeckender Kahlschlag ist, sondern einzelne schmerzhaft Eingriffe,

¹Konzeptionsförderung (alle Sparten): 1,3 Mio/Jahr; Spitzenförderung Kinder- und Jugendtheater: 480.000 Euro; Exzellenzförderung Tanz: 400.000 Euro; Exzellenzförderung Theater: 300.000 Euro; Spitzenförderung Tanz: 640.000 Euro; Spitzenförderung Theater 640.000 Euro.

bleibt die Frage danach offen, warum es gerade diese Projekte getroffen hat und warum es überhaupt Projekte treffen musste, wo Ansätze der Sparten im Haushalt 2025 doch weitestgehend überrollt wurden. Umso überraschender waren die angekündigten Kürzungen kurz vor Jahresende.

Auch die Begründungen für die Kürzungen changieren. Während Ministerin Ina Brandes gegenüber den Demonstrant*innen, die sich am 16.01.2025 vor dem Landtag versammelten, vor allem auf die knappen Mittel verwies und betonte, irgendwo müsse man die 5,5 Millionen Euro nun einmal einsparen, gibt es im Hintergrund andere Begründungen, die zudem von Projekt zu Projekt anders lautend sind. Mal sei ein Ziel nicht erreicht, mal ginge es darum Overhead abzubauen. Hierzu möchte ich auch auf unsere Stellungnahme vom 17.12.2024 mit dem Titel „Strukturen sind kein Overhead“ verweisen: https://www.nrw-lfdk.de/index.php?article_id=843&clang=0.

Ob nun aus Finanznot oder aus inhaltlichen Gründen – natürlich obliegt es einem Ministerium Strukturen zu überprüfen und auch langjährige Förderungen ggf. einmal auslaufen zu lassen. Aus Fachverbandssicht wurden hier wichtige Angebote für die Szene gestrichen, aber auch in diesem Fall sind zusätzlich der Zeitraum und die Kommunikation zu bemängeln.

Ich war sehr überrascht, dass im Kontext des vorliegenden Antrags sowohl im Plenum wie auch im Ausschuss von Ministerin Ina Brandes betont wurde, alle Projekte seien rechtzeitig und mehrere Monate im Voraus informiert worden. Selbstverständlich war ich nicht bei den Gesprächen dabei, aber die Projektmacher*innen beteuern alle, dass sie erst ab Mitte November 2024 erfahren haben, dass ab Januar 2025 die Arbeit nicht weitergehen kann - und das ohne Vorwarnung. Zeiträume, die den Projekten nun noch kostenneutral gewährt werden, um sich selbst abzuwickeln, also reine Verlängerungen des Durchführungszeitraums, können hier natürlich nicht zum Zeitraum „bis Projektende“ dazugerechnet werden. Der Zeitpunkt, zu dem die Streichung der Landesmittel verkündet wurde, lag zudem so ungünstig spät im Jahr, dass es eigentlich kaum noch möglich war, alternative Fördermöglichkeiten für 2025 zu suchen.

Zudem war aus dem MKW zu hören, dass die Aufgaben der gekürzten Projekte durch Verbände wie uns übernommen würden. Dies entspricht aber nur teilweise der Realität. Es gibt selbstverständlich Schnittmengen zwischen Verbandsaufgaben und Aufgaben von Projekten wie IDAS NRW und Cheers for Fears – aber es gibt auch Teilbereiche, die ganz klar nicht von uns abgedeckt werden können.

Da die Kollegin Heike Lehmke vom nrw landesbuero tanz sicherlich mehr zu den Tanzprojekten beisteuern wird, möchte ich das gerade Beschriebene etwas näher am Beispiel von Cheers for Fears ausführen:

Cheers for Fears ist ein Nachwuchsnetzwerk für die junge Szene in NRW. Seine besondere Stärke liegt darin, dass es Peer-to-Peer arbeitet, dass es ein Projekt aus der jungen Szene für die junge Szene ist. Seit über zehn Jahren wurde hier wichtige Nachwuchsarbeit geleistet und Künstler*innen wurden auf dem Weg von der Hochschule in die Praxis begleitet.

Dabei gibt es insbesondere zwei Aspekte, die wir als Verband nicht leisten können: Das ist zum einen die kontinuierliche, vernetzende und aktiv aufsuchende Arbeit an den Hochschulen und zum anderen die künstlerisch-praktische Arbeit, zusammen mit kooperierenden Theaterhäusern. Dort wo wir als Verband vielleicht eine halbe Stunde theoretische Beratung anbieten können oder ein Seminar zum Aufbau eines Kosten- und Finanzierungsplans, geht es bei Cheers for Fears um gemeinsame erste künstlerische Schritte um „Learning by doing“ im allerbesten Wortsinne. Eindrücklich nachzulesen ist der Wert des Projekts übrigens auch in den vielen Fürsprachen, die aktuell auf Instagram zu finden sind. (<https://www.instagram.com/cheersforfearsnrw/>)

Besonders tragisch ist, dass der Kürzung offenbar ein Missverständnis in den Zielen und Aufgaben von „Cheers for Fears“ zugrunde liegt. Neben den oben skizzierten Aufgaben haben die Akteur*innen die Idee eingebracht, für die Zukunft eine Akademie nach dem Vorbild der Hessischen Theaterakademie zu entwickeln. Eine Recherche hierzu geschah zunächst ehrenamtlich und war erstmals im Antrag 2024 mit einer Summe von 4.000 Euro versehen – als ein Modul neben den anderen.

Dieser Antrag – im April 2024 bewilligt – spricht vom „weiteren Vorantreiben des Ziels“ aber in keiner Form davon, dass am Ende des Jahres ein fertiger Plan für eine Umsetzung der Akademie stehen sollte. Was aus meiner Sicht in dieser Zeit und mit den geringen Ressourcen auch gar nicht möglich gewesen wäre. Natürlich war ich auch hier nicht bei den Gesprächen dabei – aber die Akteur*innen haben mir glaubhaft versichert, dass es nie eine Zielvereinbarung oder eine andere Absprache gegeben hätte, die den Fortbestand von Cheers for Fears an das Vorschreiten der Akademie-Idee gekoppelt hätte. Dies war aber wohl der Grund für die Streichung der Förderung, der dem Projekt im November 2024 genannt wurde: Noch vor Ablauf des laufenden Projekts wurde konstatiert, dass das Ziel, die Akademie zu initiieren, gescheitert sei und deswegen keine weitere Förderung in 2025 avisiert würde.

Ich kann in diesem Kontext nicht auf weitere Details eingehen – stehe aber jederzeit für Nachfragen und weitere Gespräche zur Verfügung. Abschließend möchte ich jedoch erwähnen, dass es sich um eine Förderung von jährlich 40.000 Euro handelt, die hier gestrichen wurde. Gerade da der Druck auf den Haushalt 2025 in den Sparten, soweit dies von außen nachvollziehbar ist, noch nicht ganz so groß ist, möchte ich dringend dazu auffordern, diese Entscheidung nochmals zu überprüfen.

Dies leitet mich zu meinem letzten Punkt über, den Fragezeichen, die sich für den Bereich der Freien Darstellenden Künste im laufenden Haushalt 2025 auftun. Die Förderprogramme der Freien Darstellenden Szene so wie die institutionell geförderten Freien Theaterhäuser befinden sich im Titel 686 62. Sie teilen sich diesen Titel mit den Landestheatern, jedoch werden für beide spezifische Summen in Untergruppen benannt. Der Teil-Titel für die Freie Szene wurde nicht nur überrollt, sondern ist sogar um rd. 400.000 Euro im Vergleich zu 2024 angewachsen (13.579.100 Euro in 2024 und 14.177.300 Euro in 2025).

Nun fallen aus diesem Titel zusätzlich noch die Projekte Cheers for Fears (40.000 Euro), IDAS NRW (180.000 Euro) und die internationale tanzmesse nrw (580.000 Euro auf zwei Jahre verteilt) heraus. Die im Titel etatisierten Theaterhäuser haben in diesem Jahr noch nicht einmal den sonst üblichen kleinen Aufwuchs für eine anteilige

Übernahme der Personalkosten bekommen, die Honorarmatrix greift für die Sparte Theater erst 2026 und die sogenannte allgemeine Projektförderung ist in der Summe identisch mit 2024.

Es stellt sich also die Frage, was passiert mit dem eingesparten Geld und bleiben am Ende tatsächlich die knapp 14,2 Millionen Euro für „Privattheater, Freie Szene und freien zeitgenössischen Tanz“ stehen? In der Begründung einiger Kürzungen hieß es, man wolle an Overhead sparen, damit mehr Geld in die Kunst fließen könne. Mir ist jedoch zumindest im Bereich der Darstellenden Künste kein Programm oder keine andere Unterstützung von Künstler*innen bekannt, die aufwächst. Der öffentlich einsehbare Haushalt ist sehr grobmaschig und vermutlich macht man von außen die ein- oder andere irritierte Rechnung auf, die sich in Kenntnis der Sachlage von innen ganz anders darstellt. Aber gerade deshalb wäre in diesen kritischen Zeiten eine Transparenz, die über das unbedingte Maß hinaus geht, unbedingt wünschenswert um Verständnis und Vertrauen zu schaffen.

Obwohl die schlechten Nachrichten aus dem Haushalt 2025 noch nicht verdaut sind, treibt uns vor allem die Sorge um den Haushalt 2026 um – denn dieser muss dann neben vielen weiteren Belastungen die Einführung der Honoraruntergrenzen in allen Sparten tragen. Ein Thema, das sicher eine eigene Anhörung wert wäre. Es darf nicht passieren, dass dieses grundsätzlich sinnvolle Unterfangen, das mehr soziale Sicherheit für Künstler*innen schaffen sollte, zu einer Reduzierung der Vielfalt der nordrhein-westfälischen Kulturszene führt und zahlreiche Akteur*innen in ihrer Existenz bedroht, statt sie abzusichern. Dringliche Worte über die gesellschaftliche Konsequenz einer solchen Entwicklung kann ich mir einem Kulturausschuss gegenüber sparen – umso mehr bitte ich Sie alle, diesbezüglich mit voller Energie in ihre jeweiligen Fraktionen hineinzuwirken. Das zugrundeliegende Kulturgesetzbuch wurde von einem Landesparlament beschlossen, nun sollte ebendieses gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass keine die gute Idee konterkarierenden Konsequenzen entstehen.

Das Ziel aus dem Koalitionsvertrag, den Kulturetat im Laufe der Legislatur um fünfzig Prozent zu erhöhen, ist offensichtlich gescheitert. Dieses Ziel war hoch gegriffen und es ist Anbetracht aktueller Entwicklungen nachzuvollziehen, dass es nicht voll zu halten war. Ein echtes Minus aber im zweiten Jahr in Folge und keinerlei positive Prognosen für die Zukunft bedeuten dennoch einen immensen Vertrauensverlust. Wünschenswert wäre es deshalb, wenn sich die regierungstragenden Fraktionen dazu durchringen würden, das Scheitern des Versprechens aus dem Koalitionsvertrag einmal klar auszusprechen – nicht aber ohne es durch ein neues, realistischeres Versprechen für die beiden verbleibenden Jahre der Legislatur zu ersetzen und dieses dann tatsächlich zu erfüllen. Dieses Vorgehen könnte helfen, für ein bisschen Stabilität und Konsolidierung zu sorgen. Und das ist dringend notwendig.

Ich glaube Ministerin Ina Brandes ohne Zweifel, dass sie das Beste für die Kultur will, indem sie, wie sie mehrfach sagte „auf Sicht fährt“, trotzdem ist dies gerade für die Künstler*innen maximal verunsichernd bis existenzbedrohend. Und gerade im dichten Nebel ist es wichtig, dass es verlässliche Wegmarken gibt und – um das Bild noch etwas weiter zu strapazieren – regen Austausch mit Kundigen aller Art zu pflegen, die dabei unterstützen können, durch Untiefen zu navigieren.

In diesem Sinne halte ich den Impuls aus dem vorliegenden Antrag, gerade in der anhaltenden Krise über neue,

formalisierte Beteiligungsformate nachzudenken und gemeinsam bestmögliche Lösungen für die kommenden Jahre zu schaffen für extrem begrüßenswert. Resilienz und Kreativität sind meist in geteilten Strukturen und vernetztem Denken am besten zu finden – und hiermit hat die Freie Szene Erfahrung und kann sicherlich einiges beitragen. Ich danke den Fraktionen für die Einladung in den Ausschuss und freue mich auf Nachfragen in der Anhörung und auf darauffolgende konstruktive Gespräche.

Dortmund, 28.02.2025

A handwritten signature in blue ink, reading 'Ulrike Seybold'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Ulrike Seybold

Geschäftsführerin NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste e.V.